

FriEnt-Team

Die Umsetzung der SDGs in fragilen Staaten: Welche Rolle für den New Deal?

„Business as usual is not an option“ – nirgends ist dieses Mantra der Agenda 2030 relevanter als in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten. Wenn die Akteure der internationalen Zusammenarbeit weiter machen wie bisher, werden die ambitionierten Ziele der Agenda, die Sustainable Development Goals (SDGs), in diesen Ländern nicht erreicht werden. Mit der Integration einer umfassenden Friedensdimension legt die Agenda 2030 die Basis für einen veränderten Umgang mit fragilen und von gewaltsamen Konflikten betroffenen Staaten. Allerdings sagt sie relativ wenig darüber aus, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Zu dieser Problematik lud FriEnt gemeinsam mit der Civil Society Platform for Peacebuilding and Statebuilding (CSPPS) am 8. Juli zur Podiumsdiskussion in Berlin ein. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie die Ziele und Prinzipien des New Deal for Engagement in Fragile States zur Umsetzung der SDGs in fragilen Staaten genutzt werden können und welche Lernerfahrungen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure aus der bisherigen Umsetzung des New Deal ableiten.

Erin McCandless von der New School in New York gab zunächst einen Überblick über aktuelle Entwicklungen im Rahmen des New Deal. Sie hob hervor, dass sich der International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding (IDPS) als globale Lernpartnerschaft zum Engagement in fragilen Staaten etabliert und die Themen Friedensförderung und Krisenprävention erfolgreich in globale Prozesse – wie die Erarbeitung der Agenda 2030 – eingebracht habe. Das Momentum der SDGs müsse nun genutzt werden, um neuen Schwung in die New Deal Umsetzung zu bringen. McCandless mahnte, in die Analyse von Herausforderungen auf Länder-ebene (durch sogenannte Fragility Assessments) lokale zivilgesellschaftliche Akteure stärker einzubeziehen. Inklusiv Prozesse seien kein Selbstzweck, sondern helfen dabei, die richtigen Dinge zu priorisieren. Es müsse sichergestellt werden, dass sich diese Prioritäten – zum Beispiel die Notwendigkeit von Versöhnung oder Vertrauensaufbau – dann auch in nationalen Planungsdokumenten und anderen Strategien wiederfinden.

Inhalt

FriEnt-Team

[Die Umsetzung der SDGs in fragilen Staaten:
Welche Rolle für den New Deal?](#) 1

[Neu bei FriEnt: Julie Brethfeld](#) 2

Aus den Mitgliedsorganisationen

[Konsortium ZFD, Plattform ZKB, forum ZFD:
Stellungnahme – Deutschland kein Vorreiter
für Friedensdimension bei Umsetzung der
2030-Agenda](#) 3

[Konsortium ZFD: Online-Dossier Flucht –
Gewalt vorbeugen, Zusammenleben för-
dern, Rückkehr erleichtern](#) 4

[Misereor: Stärkung der Zivilgesellschaft auf
Fidschi](#) 5

[FES: Die Rolle von sozialen, wirtschaftlichen
und kulturellen Menschenrechten in der
Konfliktprävention](#) 6

[GIZ: 21. Deutscher Präventionstag in Mag-
deburg](#) 7

[GIZ-Veranstaltung: Die politische Ökonomie
von Schmuggelsystemen und die Rechte
von Flüchtlingen](#) 8

[hbs: Außenpolitische Jahrestagung 2016
„Europa in einer friedlosen Welt“](#) 9

Impuls-Artikel

[The New Deal has failed. What must be
done?](#) 10

FriEnt Tipps & Infos

[PeaceLab2016: Was kommt nach dem Akti-
onsplan Zivile Krisenprävention?](#) 13

[Natürliche Ressourcen: Konflikttreiber oder
Friedenspotential?](#) 13

Dass diese nationalen Prozesse häufig suboptimal liefen, bestätigten Georges Tshionza Mata, regionaler Koordinator des NRO-Netzwerks PREGESCO in der Demokratischen Republik Kongo und Foday Sesay von der NRO DADA aus Sierra Leone. Häufig mangle es vielen g7+-Regierungen und Geberländern an der notwendigen Reformbereitschaft. Beide Panellisten sahen aber auch Fortschritte. So habe der New Deal geholfen, zivilgesellschaftliche Perspektiven in nationale Budget- und Planungsprozesse einzubringen. Diese Erfolgsgeschichten müssten besser

kommuniziert werden, um den New Deal als Umsetzungsinstrument der SDGs zu etablieren. Um erfolgreich an den Ursachen für Fragilität, Konflikt und Gewalt zu arbeiten, forderten sie von Gebern, politische Prozesse stärker hinsichtlich Inklusivität und Legitimität zu fördern.

Sara Batmanglich vom International Network on Conflict and Fragility der OECD bekräftigte aus Geberperspektive, dass der New Deal den richtigen Rahmen zur Umsetzung der SDGs in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten biete. Sie unterstrich, dass die Peacebuilding and Statebuilding Goals (PSGs) des New Deal dabei nicht in Konkurrenz zu den SDGs stehen, sondern dabei helfen können, nationale Prioritäten der SDG-Umsetzung festzulegen. Geber hätten hier allerdings Nachholbedarf, ihr Engagement an den PSGs und den national identifizierten Prioritäten auszurichten. Deutlich werde dies unter anderem an der mangelnden Unterstützung von PSG 1 (inklusive Politikgestaltung) und PSG 3 (Rechtsstaatlichkeit).

In der anschließenden Diskussion wurde dieser Punkt aufgegriffen. Geber würden häufig davor zurückscheuen, sich

im Rahmen von politischen Prozessen zu engagieren. Dies liege vor allem daran, dass dieses Engagement einerseits riskant ist und andererseits keine kurzfristigen Erfolge verspricht. Vielfach fehle wohl auch eine fundierte Analyse der politischen Akteure und komplexen Dynamiken (siehe hierzu auch Impuls-Artikel von Ann Phillips in dieser Ausgabe).

Mit Blick auf die derzeitige Erarbeitung neuer Leitlinien der Bundesregierung zu Krisenengagement und Friedensförderung erhofften sich die internationalen Teilnehmenden einen Fokus auf langfristige Herausforderungen. Die Leitlinien müssten Antworten darauf liefern, welche Unterstützung Deutschland anbieten kann und will, um inklusive politische Aushandlungsprozesse wirksam zu unterstützen.

Die Podiumsdiskussion fand im Rahmen des jährlichen Treffens von CSPPS statt, das von FriEnt mitveranstaltet wurde. Die Plattform ist der zentrale Ort, um die Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteure in den IDPS und die Umsetzung des New Deal einzubringen. Bei dem Treffen in Berlin verabschiedeten die Teilnehmenden die „Berlin Declaration“, mit der sich CSPPS im Kontext aktueller Entwicklungen positioniert.

Neu bei FriEnt: Julie Brethfeld

Seit August 2016 ist Julie Brethfeld neu im FriEnt-Team. Sie vertritt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und wird sich vor allem auf den FriEnt-Regionalschwerpunkt Nahost und Nordafrika konzentrieren.

Julie Brethfeld arbeitet seit vielen Jahren im Bereich Friedensförderung, Konfliktprävention, Gender und lokale Sicherheit. Für Saferworld leitete sie von 2011-2014 das Nepalprogramm und von 2009-2011 das Europa- und Zentralasienteam, und war auch als Beraterin zu Konflikten und

Weitere Informationen

Marc Baxmann, FriEnt
marc.baxmann@frient.de

Links & Literatur

[Berlin Declaration](#)

[Stockholm Declaration](#)

Event Report: [Implementing the SDGs in Fragile Countries](#)

[Die Agenda 2030. Ein Instrument für nachhaltige Entwicklung in fragilen Staaten?](#)

Marc Baxmann | Stiftung Entwicklung und Frieden | Juni 2016

Sicherheit mit starkem Fokus auf Gender und Konfliktsensibilität tätig. 2007-2009 führte sie für Pact Inc. Projekte und Beratungstätigkeiten zur Konfliktprävention, Friedensförderung und DDR („disarmament, demobilisation and reintegration“) im Südsudan und Äthiopien durch. Davor arbeitete sie zu Kleinwaffenkontrolle und Entwicklung für das Bonn International Centre for Conversion (BICC). Als stellvertretende Direktorin von „The Girl Generation“ (2015-2016) setzte sie sich für die Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung ein.

Weitere Informationen

Julie Brethfeld, FriEnt
julie.brethfeld@frient.de

Aus den Mitgliedsorganisationen

Konsortium ZFD, Plattform ZKB, forumZFD: Stellungnahme – Deutschland kein Vorreiter für Friedensdimension bei Umsetzung der Agenda 2030

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist friedenspolitisch nicht ausreichend ambitioniert und fällt teilweise sogar hinter bisherige Versprechen der Bundesregierung zurück. Zu dieser Einschätzung kommen sieben entwicklungs- und friedenspolitische Verbände und Organisationen

in einer Stellungnahme zum Entwurf der Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. In ihrem Positionspapier machen die Organisationen konkrete Vorschläge, wie die Strategie den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung gerecht werden kann.

Mit der neuen Nachhaltigkeitsstrategie will die Bundesregierung die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN) umsetzen. Die Agenda 2030 löste Anfang dieses Jahres die Millenniumsziele aus dem Jahr 2000 ab. Bei der Formulierung der neuen Agenda hatte die UN aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und Friedensziele aufgenommen. Denn die Millenniumsziele waren mit ihren Zielen wie der Halbierung von Hunger und Armut vor allem in jenen Staaten gescheitert, die von Kriegen und Konflikten betroffen waren. „Dieser neue und

transformative Ansatz spiegelt sich nicht im Neuentwurf der Nachhaltigkeitsstrategie wider“, bedauert Oliver Knabe, Geschäftsführer des forumZFD in Köln.

Viele der im Entwurf benannten Maßnahmen, Zielsetzungen und Vorhaben zur Umsetzung des Friedensziels 16 gehen nicht über bereits bestehende internationale Verpflichtungen und beschlossene Maßnahmen hinaus. Mit diesem Entwurf kann die Bundesregierung die nachhaltigen Entwicklungsziele nicht erreichen, erklären die Unterzeichner. Sie machen sieben Vorschläge zur Umsetzung der Friedensziele:

- Es muss eine Friedenverträglichkeitsprüfung („Do no harm-Prüfung“) in die Nachhaltigkeitsprüfung aufgenommen werden.
- Frieden und Konfliktsensibilität müssen Teil der Managementregeln der Nachhaltigkeitsprüfung werden.
- Es fehlt ein valider Indikator für friedensfördernde Maßnahmen der Bundesregierung im Ausland. Die Stellungnahme schlägt hier zwei bereits vorliegende Indikatoren aus dem OECD-DAC-Bericht und verwendeten ODA-Mitteln vor.

Weitere Informationen

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
kontakt@forumzfd.de

Links & Literatur

[Die Friedensdimension in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Stellungnahme zum Entwurf der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 durch Deutschland.](#)

- Die Gewalt im Inland muss mit einem eigenen Indikator messbar gemacht werden.
- Es braucht eine Messung der Erst- und Sammelausfuhren an deutschen Rüstungsexporten in Drittstaaten.
- Deutschland investiert selbst zu viel in Militärausgaben, auch hier muss die Abrüstung vorangetrieben werden.
- Die Formate zur Partizipation der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Agenda 2030 müssen ausgebaut werden.

Zu den Unterzeichnern der Stellungnahme gehören der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), das Konsortium Ziviler Friedensdienst, die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, das Forum Ziviler Friedensdienst, der Bund für Soziale Verteidigung, Ohne Rüstung leben und pax christi. Sie erinnern auch daran, dass Deutschland im bisherigen Verhandlungsprozess mehrmals die Bedeutung der Friedensdimension zur Erreichung der Agenda 2030 betonte. Dieser Ansatz fände sich nicht im Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie wieder.

Konsortium ZFD: Online-Dossier Flucht – Gewalt vorbeugen, Zusammenleben fördern, Rückkehr erleichtern

Abschottung und sicherheitspolitische Maßnahmen sind keine geeignete Antwort auf Fluchtbewegungen und ihre Folgen. Wenn wir die Herausforderungen und Konflikte, die damit einhergehen, friedlich bewältigen wollen, müssen wir uns gewaltfrei und konstruktiv engagieren. Für diese Überzeugung steht der Zivile Friedensdienst, der in einem neuen Online-Dossier zeigt, wie zivile Friedensarbeit die Auswirkungen von Flucht- und Migrationsbewegungen mildert und Menschen vor Gewalt schützt.

65 Millionen Menschen befinden sich aktuell auf der Flucht. So viele wie noch nie. Der Zivile Friedensdienst arbeitet mit Fachkräften ziviler Konfliktbearbeitung daran, in betroffenen Regionen Gewalt zu verhindern und Frieden zu fördern. Die Erfahrungen und Beiträge des Zivilen Friedensdienstes fasst das Online-Dossier „Flucht. Gewalt vorbeugen, Zusammenleben fördern, Rückkehr erleichtern“ zusammen.

„Unsere Erfahrungen aus dem Zivilen Friedensdienst zeigen, dass zivile Konfliktbearbeitung Menschen vor Gewalt schützt. Wir unterstützen Partnerorganisationen dabei, Interessen auszubalancieren und friedliche Wege aus Konflikten zu finden“, sagt Jürgen Deile, Sprecher des Konsortiums Ziviler Friedensdienst. 90 Prozent der Flüchtenden retten sich innerhalb ihres Landes oder in einen Nachbarstaat. Besondere Herausforderungen liegen daher vor Ort. „Mit unseren einheimischen Partnern fördern wir den Frieden vor Ort, damit Menschen ihre Heimat nicht unfreiwillig verlassen müssen“, erklärt Deile. „Wenn sie dennoch vor Gewalt fliehen müssen, helfen wir dabei, die Folgen für alle Beteiligten mit zivilen und gewaltfreien Mitteln abzumildern und weitere Gewalt zu verhindern. Nur so erreichen wir langfristig ein friedliches Zusammenleben.“

Zivile Konfliktbearbeitung beugt Gewalt vor, entschärft Konflikte auf dem Fluchtweg, fördert Frieden im Zusammenleben zwischen Geflüchteten und der Aufnahmegesellschaft und erleichtert Menschen die Rückkehr in die Heimat. Das zeigt das Dossier des Zivilen Friedensdienstes mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis: Im Südsudan werden Menschen gestärkt, die einer von

Weitere Informationen

Martina Rieken, Konsortium ZFD
rieken@ziviler-friedensdienst.org

Links & Literatur

Online-Dossier: [Flucht. Gewalt vorbeugen, Zusammenleben fördern, Rückkehr erleichtern](#)

Gewalt geprägten Gesellschaft unermüdlich friedliche Alternativen entgegen halten. In Mexiko setzen sich einheimische Initiativen gewaltfrei für die Rechte von Migrantinnen und Migranten auf ihrem Fluchtweg ein. Im Libanon bauen ZFD-Fachkräfte Spannungen zwischen syrischen Geflüchteten und der libanesischen Bevölkerung ab, und in Burundi verhandeln Friedenskomitees erfolgreich Landkonflikte, die bei der Rückkehr von Geflüchteten auftreten.

„Ziviles und gewaltfreies Engagement muss viel stärker gefördert werden. Wir erreichen damit, dass Menschen gemeinsame Probleme konstruktiv angehen, statt Gewalt anzuwenden“, sagt Deile. „Bei dieser Aufgabe müssen wir den Menschen zur Seite stehen und sie unterstützen.“

Misereor: Stärkung der Zivilgesellschaft auf Fidschi

Wie viele Inseln im Pazifik, so ist auch Fidschi reich an Rohstoffen. Neben dem Bergbau an Land beunruhigt der drohende Tiefseebergbau viele BewohnerInnen der südpazifischen Inselstaaten und viele Nichtregierungsorganisationen (NRO), die mit ihnen arbeiten. Die großenteils indigene Bevölkerung ist dem Meer ebenso verbunden wie ihrem angestammten Land. Und schon an Land, wo der Bergbau vor den Augen aller erfolgt und die Folgen deutlich sichtbar sind, funktioniert vieles nicht: Entscheidungen kommen meist ohne (ausreichende) Partizipation der Betroffenen zustande; mit den negativen sozialen und Umweltfolgen von Exploration und Extraktion sind die Menschen häufig allein gelassen. Vor diesem Hintergrund organisierte Misereor auf Anfrage einer Partnerorganisation im Juli 2016 zwei Workshops auf Fidschi: einen mehrtägigen Workshop zu Partizipativer Kartographie (Community Mapping) sowie einen weiteren zu Advocacy- und Lobbystrategien zum Schutz der Menschenrechte und zur Konflikttransformation.

Als konkretes Fallbeispiel diente einer von mehreren gerade schwelenden Bergbaukonflikten. So will das Namosi Joint Venture (NJV), ein Konsortium aus drei internationalen Bergbauunternehmen aus

Australien und Japan, in den nächsten zwei Jahren die großen Kupfer- und Goldvorkommen nahe der Hauptstadt Suva abbauen. Ein Großteil der ansässigen Bevölkerung lehnt dieses Vorhaben allerdings strikt ab, denn die Ausmaße des Bergbauprojekts und die damit verbundenen Auswirkungen, wie Landverlust, Waldrodungen, Umweltverschmutzungen und der Verlust von Lebensgrundlagen wären immens. Die Menschen befürchten zudem zahlreiche soziale Konflikte und Menschenrechtsverletzungen. Unterstützung erhalten die Gemeinden durch den Misereor-Partner SEEP (Social Empowerment and Education Program). SEEP selbst nimmt grundsätzlich nicht Stellung zu diesem oder anderen Bergbauvorhaben – weder dafür, noch dagegen. Die Organisation klärt vielmehr die Betroffenen über ihre Rechte auf und setzt sich für deren Beteiligung und Mitsprache an Bergbauentscheidungen der Regierung ein. Durch eine konsequente

Anwendung des Prinzips des „Free Prior and Informed Consent“ (FPIC) soll so der möglichen Eskalation eines Konfliktes entgegengewirkt und nach einvernehmlichen Lösungen gesucht werden. Fidschi ist Vertragsstaat der ILO-Konvention 169, die dieses Recht für indigene Völker garantiert.

Das Training zum Community Mapping befähigt lokale Gruppen oder Gemeinden, auf Grundlage ihrer Ortserfahrungen (Dorf, Waldgebiet, Naturraum, natürliche Lebensgrundlagen) die sozialen und ökologischen Gegebenheiten aus ihrer Perspektive digital kartographisch darzustellen. Mit den erstellten Karten haben die Gemeinden, die von Entscheidungsprozessen oftmals ausge-

Weitere Informationen

Axel Müller, FAKT
axel.mueller@fakt-consult.de

Elisabeth Strohscheidt, Misereor
elisabeth.strohscheidt@misereor.de

Links & Literatur

[Tiefseebergbau. Unkalkulierbares Risiko für Mensch und Natur. Im Fokus – Der Pazifik](#)

Axel Müller | Misereor | Mai 2015

geschlossen werden, die Möglichkeit, auf ihre Problemlage aufmerksam und ihre Ansprüche öffentlich geltend zu machen. Die Karten sind eine wichtige Grundlage, um rechtliche Fragestellungen anzugehen sowie Dialogprozesse zur Lösung von Konflikten anzustoßen. Durch den Prozess der Partizipativen Kartographie wird zudem lokales und traditionelles Wissen in einer Gemeinschaft gesammelt und bewahrt. „Für uns ist es viel besser und einfacher, solche Karten zu erstellen, als lange Berichte zu schreiben“, so einer der Teilnehmenden.

Der auf das Community Mapping folgende kürzere Workshop zu Lobby- und Advocacy-Arbeit vermittelte Grundkenntnisse über das UN-Menschenrechtssystem, Beschwerdemechanismen gegenüber Unternehmen sowie ausgewählte Instrumenten der Konfliktanalyse. An den beiden Trainings nahmen neben MitarbeiterInnen von SEEP und weiteren NRO auch Basisorganisationen sowie DorfbewohnerInnen aus verschiedenen Explorationsgebieten für Bergbauvorhaben teil. Die Teilnehmenden – so das Feedback – fanden es bereichernd, voneinander zu lernen und anhand konkreter Beispiele Theorie und Praxiserfahrung miteinander in Verbindung zu bringen.

FES: Die Rolle von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten in der Konfliktprävention

Lange war der internationale Diskurs zur Friedensförderung vom liberalen Verständnis von Frieden als "negativem Frieden", also der Beendigung von direkter und offener Gewalt mit dem Ziel, internationale Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, geprägt. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden dadurch zum absoluten Ziel und Selbstzweck erklärt. Folgerichtig setzte sich in diesem Kontext auch ein liberales Verständnis von Menschenrechten durch, mit dem einhergehenden Fokus auf bürgerlichen und politischen Rechten. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Rechte) als ein Mittel der Gewähr dauerhaften Friedens wurden hingegen vernachlässigt.

Doch wie eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung Genf in Kooperation mit dem Quakers United Nations Office (QUNO) Genf und dem UNO Hochkommissariat für Menschenrechte (Office of the High Commissioner for Human Rights, OHCHR) im Juni dokumentierte, entstehen soziale Unruhen und gewaltsame Konflikte unabhängig von politischen Systemen, demographischen Gegebenheiten oder Entwicklungsstandards. Verletzungen der Menschenrechte, insbesondere der WSK-Rechte, können hier Auslöser, aber auch Indikatoren für zukünftige gesellschaftliche Konflikte sein. Eine Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechtsverletzungen kann daher als Frühwarnmechanismus für potenziell gewaltsame Konflikte dienen und so zur effektiven Krisenprävention und Friedensförderung beitragen.

Verletzungen von WSK-Rechten schließen unter anderem ungleiche Machtverteilung und Diskriminierung ein. So ist das Fehlen eines gleichberechtigten Zugangs zu Arbeitsplätzen, zu qualitativ hochwertiger Bildung oder zur Gesundheitsversorgung für Teile der Gesellschaft gleichzusetzen mit dem Entzug und der Verletzung von wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten. Ein Frühwarnmechanismus, der die entscheidenden Faktoren der Verbindung zwischen Verletzungen von WSK-Rechten und der Entstehung gewaltsamer Konflikten analysiert, ist unerlässlich, um effektive Krisenprävention zu betreiben.

Es gibt mit Sicherheit kein allgemeingültiges Modell eines solchen Frühwarnmechanismus. Dennoch können einige Kern-

Weitere Informationen

Hannah Peters, FES
hpeters@fes-geneva.org

Diane Hendrick, Quakers United Nations Office Genf
dhendrick@quno.ch

Links & Literatur

[Report on Linking Human Rights, Peace and Security](#)
QUNO, FES | Februar 2016

[Early warning and economic, social and cultural rights](#)
OHCHR | Juni 2016

elemente hinsichtlich Zugänglichkeit, Verfügbarkeit, und Qualität von WSK-Rechten identifiziert werden. Die folgenden Überlegungen könnten hier richtungsweisend sein: Werden Konflikte und Unruhen immer durch aktive Diskriminierung und/oder Stigmatisierung einer bestimmten Gruppe begleitet? Sollten andere menschenrechtliche Erwägungen in Betracht gezogen werden, wie zum Beispiel politische Inklusion und Justizgewährungsanspruch der verschiedenen Gesellschaftsschichten?

Der im Juni 2016 veröffentlichte Report „Early warning and economic, social and cultural rights“ des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte geht diesen und weiteren Fragen nach. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass für einen Frühwarnmechanismus die folgenden Verletzungen von WSK-Rechten von besonderer Bedeutung sind: starke Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft, unzureichender Zugang zu Beschwerdemechanismen, ungleicher Zugang zu Bodenschätzen sowie der Abbau sozialer Dienste. Der Bericht liefert somit eine Basis für eine einheitliche Methodik eines menschenrechtlichen Frühwarnmechanismus, der dazu beitragen könnte, die Eskalation von sozialen Unruhen und gewaltsamen Konflikten zu verhindern.

GIZ: 21. Deutscher Präventionstag in Magdeburg

Am 6. und 7. Juni fand diesmal in Magdeburg zum 21. Mal der Deutsche Präventionstag (DPT) statt. Es handelt sich dabei um den größten europäischen Kongress für Kriminal- und Gewaltprävention und angrenzende Bereiche, der jährlich in Deutschland stattfindet. Die Veranstaltung richtet sich an Verantwortungsträger für Prävention in Kommunen, bei Polizei, in Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Justiz, Bildung, Politik und Wissenschaft. Ziel sind der Austausch über und die Diskussion aktueller Fragestellungen, Erfahrungen und Herausforderungen der Prävention sowie die Erarbeitung von Empfehlungen an Politik und Wissenschaft.

In über 150 Veranstaltungsbeiträgen wurden laufende Studien, Projekterfahrungen und wissenschaftliche Beiträge aus dem Präventionskontext vorgestellt und diskutiert. Fast 140 ausstellende staatliche und nicht-staatliche Institutionen boten Gelegenheit für zielgerichteten und detaillierten Austausch.

Wie in den vergangenen Jahren nahmen auch diesmal einige GIZ-Programme – aus Südafrika, Zentralamerika, Guatemala, Jordanien und Afrika (überregional) – teil. Sie präsentierten ihre Erfahrungen und Ansätze in einem gemeinsam koordinierten und gestalteten Veranstaltungsformat.

Zu diesem Zweck war im Vorfeld mit Unterstützung des Fachnetzwerks NICD (Network International Cooperation in Conflicts and Disaster) eine Studie dazu erstellt worden, inwieweit Methoden der Prävention und Konfliktbearbeitung aus den diversen Programmen einen Beitrag zur Integration von Geflüchteten leisten können. Die daraus entstandene Publikation „Sozialer Zusammenhalt und Integration“ wurde im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung vorgestellt. Eingeleitet wurde der gemeinsame Auftritt mit einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Inklusive und gewaltfreie Gemeinden für Alle!“, an der Bürgermeister aus Deutschland (Dr. Martin Schairer, Stuttgart) und Guatemala (Byron Tejeda, Salama), die Leiterin eines städtischen Programms für Bürgersicherheit aus Südafrika (Nazira Cachalia, Johannesburg) und der GIZ-Abteilungsleiter für Governance und Konflikt, Joachim Fritz, unter reger Beteiligung der Zuhörenden Ansätze im Umgang mit Gewaltphänomenen sowie in der Bewältigung von Integrationsherausforderungen diskutierten. Immer wieder wurden die Notwendigkeit institutionalisierter, interdisziplinärer Zusammenarbeit, die Dezentralisierung von Verantwor-

Weitere Informationen

Christian Müller, GIZ
christian.mueller@giz.de

Links & Literatur

[Sozialer Zusammenhalt und Integration](#)
GIZ | Juni 2016

terung von Integrationsherausforderungen diskutierten. Immer wieder wurden die Notwendigkeit institutionalisierter, interdisziplinärer Zusammenarbeit, die Dezentralisierung von Verantwor-

tung für Sicherheit und Prävention und die Schaffung von Interaktionsräumen in Städten als wesentliche Elemente für Prävention von Gewalt und gelingende Integration genannt.

Anschließend bot die GIZ den Teilnehmenden mit Postern und Präsentationen in Form im Raum verteilter Marktstände die Gelegenheit, je nach Interesse mehr über einzelne Ansätze zu erfahren und zu diskutieren. Die Vorstellung der Erfahrungen des Polizeiprogramms Afrika rundete den Auftritt der GIZ ab.

Wie auch im letzten Jahr wirkte das reichhaltige Vortrags- und Informationsangebot des DPT mit häufig zehn gleichzeitig stattfindenden Veranstaltungen überwältigend und sorgte dafür, dass sich die etwa 2.000 gemeldeten Teilnehmenden auf dem eigentlich überschaubaren Messegelände gut verteilten. Auf dem schwungvollen Abendempfang im Hotel war deren Präsenz und Erfahrungsreichtum aber durchaus zu spüren. Für GIZ-Vorhaben, die neu im Präventionsbereich agieren, bot der Kongress eine Reihe von nützlichen Anknüpfungspunkten – für die etablierten KollegInnen eher Begegnungen mit Bekannten und Bekanntem.

GIZ-Veranstaltung: Die politische Ökonomie von Schmuggelsystemen und die Rechte von Flüchtlingen

Mit der ansteigenden Zahl Geflüchteter ist das Geschäft des Menschenmuggels in den letzten Jahren massiv befördert und sind die Rechte von Flüchtlingen weiter ausgehöhlt worden. Denn, so die Kernthese Tuesday Reitanos, Leiterin des Sekretariats der „Global Initiative against Transnational Organized Crime“, Menschenmuggel ist zunächst als ein Phänomen zu verstehen, das marktwirtschaftlichen Dynamiken – sprich Angebot und Nachfrage – folgt. Die zunehmende Zahl von Bürgerkriegen sowie kontraproduktive Migrationspolitiken treiben immer mehr Menschen in die Hände von Schmugglern. Im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema „Human Smuggling“, die vom Sektorprogramm Frieden und Sicherheit, Katastrophenrisikomanagement, dem Globalvorhaben Flüchtlinge sowie des Arbeitskreises Organisierte Kriminalität der GIZ durchgeführt wurde, stellte Reitano erste Ergebnisse eines Feldforschungsaufenthaltes zur politischen Ökonomie von „Schmuggelsystemen“ in der Sahelzone, Nordafrika, der Ägäis sowie dem Horn von Afrika vor.

Im Gegensatz zum Menschenhandel, dessen Opfer in erster Linie Individuen sind, richtet sich der Menschenmuggel – wie die irreguläre Verbringung von Gütern – gegen Staaten und deren geltende Rechtsrahmen. Reitano stellte in ihrem Vortrag dar, wie Schmuggler hierzu seit Jahrhunderten bestehende Schmuggelsysteme nutzen und diese immerfort konkreten Bedarfen anpassen. Im Falle des Menschenmuggels haben sich zwei Geschäftsmodelle („pay as you go“ und „full package“) herausgebildet, die unterschiedliche Dienstleistungen anbieten und spezifische Netzwerke herausbilden, auf die Flüchtlinge in unterschiedlicher Weise angewiesen sind.

In ihrem Vortrag widmete sich Reitano drei unterschiedlichen Schmuggelsystemen: dem türkischen Schmuggelmarkt, dem Systems an der libyschen Küste sowie jenem in der Sahelzone, um ein näheres Verständnis der Netzwerke und potentieller Entwicklungen zu ermöglichen.

Welche Chancen haben Entwicklungsakteure, gegen das florierende Geschäft des Menschenmuggels vorzugehen? Kann es unterbunden werden, ohne dass es legale Zugangswege für MigrantInnen und Schutzbedürftige gibt? Welche Alternativen bieten wir den oft auch aus armen Verhältnissen stammenden Schmugglern an, wie sind die negativen Auswirkungen auf Flüchtlinge, die die Dienstleistungen von Schmugglern annehmen, zu reduzieren bzw. ihre Rech-

Weitere Informationen

Linda Helfrich, GIZ
linda.helfrich@giz.de

Links & Literatur

[Global Initiative against Transnational Organized Crime](#)

te besser zu schützen? Diese und ähnliche Fragen stellten sich in der Diskussion mit der Expertin. Reitano plädiert zunächst dafür, die Marktdynamiken des Menschenschmuggels zu verstehen. Bevor – oftmals kurzfristige – Vorhaben losgetreten würden, sollte ein Verständnis über die relevanten Akteure, den Grad der Konsolidierung und ihrer Reichweite in andere Lebensbereiche bestehen. Nur so könnten mögliche nicht-intendierte Auswirkungen der geplanten Maßnahmen mit in die Vorhaben einfließen. Um angemessene Antworten auf die Schmuggelsysteme zu finden, müsste sodann ein angepasster und oft integraler Maßnahmenkatalog bestehend aus Strafverfolgung, Regulierung, Anreizen sowie der Stärkung von (gesellschaftlicher) Resilienz beschlossen werden. Dazu gehörten gut durchdachte Migrationspolitiken, Konfliktbearbeitung, politische Inklusion und die Schaffung von Alternativen auch für die Schmuggler – allesamt mögliche Aufgaben für die Entwicklungszusammenarbeit.

hbs: Außenpolitische Jahrestagung 2016 „Europa in einer friedlosen Welt“

An den Grenzen Europas ist ein neuer Krisenbogen entstanden, der von der Ukraine über die Türkei bis nach Algerien reicht. Die Konfrontation mit Russland, die Folgen des nicht enden wollenden Krieges in Syrien und die derzeit schwelende Flüchtlingskrise haben sich als ernste Herausforderungen erwiesen, die einzelne Mitgliedstaaten zu überfordern scheinen. Trotzdem sind die Aussichten eines geeinten Vorgehens auf europäischer Ebene in weite Ferne gerückt. Viele Mitgliedstaaten beharren mehr denn je auf dem Primat ihrer nationalen Sicherheitsinteressen. Vor diesem Hintergrund diskutierten Wolfgang Ischinger, Angela Stent, Raja Mohan, Evgeny Gontmakher und viele weitere Expertinnen und Experten während der Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 16. und 17. Juni in Berlin darüber, welche Strategien die EU verfolgen müsste, wenn sie trotz der bekannten Widerstände mit einer kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik auftreten würde.

Über die normativen Zielsetzungen waren sich die meisten Tagungsgäste schnell einig. Die EU müsse eine Außenpolitik vertreten, die sich gleichermaßen an internationalen Normen, westlichen Werten und europäischen Interessen orientiert. Als größte Bewährungsprobe dieses Leitbilds wurde die aktuelle Konfrontation mit Russland ausgemacht. Mit der Forderung nach der Anerkennung russischer Einflusssphären im postsowjetischen Raum stelle Moskau nicht nur die Souveränität einzelner Staaten, sondern die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung insgesamt in Frage, so die Überzeugung vieler Teilnehmender. Eine Rückkehr zur strategischen Partnerschaft vergangener Jahre werde es angesichts dieser grundsätzlichen Differenzen nicht geben.

Die Russland-Expertin Angela Stent charakterisierte das neue Verhältnis sogar als „Kalten Krieg 2.0“. Ohne Russland werde sich Sicherheit in Europa nicht organisieren lassen, im Hinblick auf die Gültigkeit der Helsinki-Prinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) könne es allerdings keine Kompromisse geben, so das mehrheitliche Fazit der Diskussion.

Spätestens der Ausbruch der Flüchtlingskrise hat bestätigt, dass Europa sich nicht einfach von den Schwierigkeiten in den angrenzenden Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA) abschotten kann. Eine europäische Strategie in der Region sollte mit einer deutlich erweiterten humanitären Hilfe für die Bevölkerung vor Ort und der Bekämpfung des Dschihadismus klare Prioritäten setzen, so die Forderung von Omid Nouripour, außenpolitischer Sprecher der Grü-

Weitere Informationen

Gregor Enste, Heinrich-Böll-Stiftung
enste@boell.de

Links & Literatur

[Europa und die neue Weltunordnung. Analysen und Positionen zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik](#)
Heinrich-Böll-Stiftung | Juni 2016

Europa in einer friedlosen Welt: ausführlicher [Konferenzbericht und Videomitschnitt](#)

nen-Bundestagsfraktion. Viele Fachleute rieten davon ab, weiterhin zu versuchen, eine Demokratisierung der MENA-Länder von außen herbeizuführen. Stattdessen solle Europa vor Ort versuchen, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung („good governance“), aber auch wirtschaftliches Wachstum und die Entstehung von Arbeitsplätzen zu fördern. Nur so könnten in den betroffenen Staaten politisch legitimierte Institutionen entstehen und damit ein Mangel beseitigt werden, der von Frederic Hof vom Atlantic Council und anderen als Hauptursache der chronischen Instabilität in der Region identifiziert wurde.

Impuls

The New Deal has failed. What must be done?

The New Deal for Engagement in Fragile States prescribed a fundamental departure from traditional assistance to conflict-affected and fragile states. In the following impulse article Ann L. Phillips however claims that the New Deal has led to no substantive change in relations between donors and fragile states so far. She proposes a number of steps to be taken in order to change donor institutional and personnel policy and allow host country actors to take the lead in a responsible and inclusive process.

Common practice placed donors squarely in the lead: they conduct fragility and needs assessments and design programmes and projects to address both. Fragile states were relegated to a recipient role. That approach has not worked well, however. The promising reduction in conflicts recorded in the 1990s has been reversed in this century despite unprecedented donor efforts.

Initiated by leaders of fragile states, the New Deal for Engagement in Fragile States was hailed as the answer to past failures. It marked the culmination of a multi-year discussion on aid effectiveness. The New Deal prescribed nothing less than a paradigm shift in donor-fragile state relations. A mutually agreed upon framework of core principles, Peacebuilding and Statebuilding Goals (PSGs), and a series of concrete steps embedded in a broad-based government-society dialogue were to guide the host country's emergence from fragility. Fragile states were to lead the process while donors played a supporting role.

In 2012, seven countries volunteered to test implementation of New Deal principles and processes. Somalia became the 8th pilot country in 2013. All New Deal pilots concluded at the end of 2015. With the exception of Timor Leste, the record is dismal. The Central African Republic, eastern Democratic Republic of Congo, Somalia, South Sudan and Afghanistan are active conflict zones. Limited progress in Sierra Leone and Liberia was cut short by the Ebola crisis. Failure in seven of the eight pilots, although grounded in specific circumstances, derived from the inability to make progress on the core New Deal principle; that is, to knit government and society together in a relationship of mutual trust and dependence. Let's examine the specifics.

Interim New Deal assessments had already raised red flags about the substantial gap between principle and practice. Inclusive dialogue between host country governments and civil society that was supposed to produce consensus on sources of fragility and a shared set of priorities to emerge from fragility found no real champion either in the host country government or lead donors. Disappointing progress toward political dialogue led the authors of the "New Deal Monitoring Report 2014" to emphasise that the New Deal is "inherently a political exercise." They found that inadequate attention had been paid to goal number one, legitimate politics. The authors concluded that, despite many activities, the New Deal implementation process had not produced significant changes in donor or host country behaviour. Donor commitment to use and

strengthen host country systems had not been implemented in any serious way. Nor had donors changed their assistance programmes to support the New Deal process.

Instead of a paradigm shift, implementation of the New Deal had become largely a technical check list. Political and governance reforms which were rightly the centerpiece of peacebuilding and statebuilding goals had been side-lined by pre-packaged donor programmes, implemented through donor systems. As such, no substantive change was discernible in relations between donors and fragile states.

Other New Deal principles, such as local ownership, capacity building and donor coordination have been prominent in donor documents for a decade or more without affecting how assistance was actually provided. It was hoped that the clear admonitions in the interim assessments would spur signatories to the New Deal to begin to match rhetorical commitments with actions before the pilots ended.

What happened between the interim assessments and the end of 2015 when the pilot phase closed? A careful reading of the official independent review of the New Deal published in April 2016 shows that not much had changed. The strongest claim for New Deal impact is in shaping a new, normative consensus on peacebuilding and statebuilding. Evidence includes recommendations of the High-level Independent Panel Report on Peace Operations that echo New Deal principles. The New Deal is also credited with the inclusion of Goal 16 in the new UN Sustainable Development Goals. Goal 16 features governance and politics as well as the New Deal partnership principles as essential to progress toward peace and development.

The consensus would be encouraging if not for the ongoing failure to translate these principles into practice. According to the independent review, omissions include: The failure of host countries to use the five PSGs to define priorities or to channel resources. For their part, donors did not shift their assistance to support the New Deal process or alter aid delivery mechanisms to use and strengthen host country systems. Technical responses to what are inherently political problems remain dominant. The list goes on.

The New Deal could have had a substantial and positive impact on international cooperation for peace and development if a representative set of host country actors in the pilot countries had coalesced around a short list of priorities and invested in a plan to achieve them and if providers of international assistance had re-structured their engagement to support an honest partnership. Success in the pilots might have re-shaped donor-host country relations toward one of mutual responsibility. Instead, the impact has been one of widespread disappointment. Flawed implementation of the New Deal has undermined the much needed paradigm shift away from traditional donor-recipient relations.

How can this be when virtually everyone subscribes to New Deal principles? Deeply entrenched institutional arrangements as well as expectations on both sides constitute enormous obstacles to redefining donor-recipient relations. Host country governments and civil society remain focused on donor priorities and the programmes that donors fund. The New Deal brings no new money which guarantees that it will be a low priority for the host country. For all of these reasons, participation in the New Deal processes remains marginal at best. Hence, its primary goal to channel host country government and civil society energy on prioritising and solving problems together has failed.

In order to change this, donors must take a giant step back, both financially and programmatically to create the space and incentives for host country governments and society to work together. As currently practiced, external assistance does quite the opposite. It attenuates the mutual dependency between those who govern and those who are governed which history shows is indispensable for a reasonably well functioning polity.

Why would donors do this? The short answer is that foreign assistance agencies are structured and foreign assistance professionals are incentivised to provide assistance exactly as they have done for decades. That is, agencies prioritise functional expertise that matches funding accounts approved by their parliament or Congress. Professionals provide technical assistance in those functional fields. Time horizons are short. Funding, programmes, reporting requirements and service in the host country are based on annual performance measurements. Deep local knowledge, strategic patience and long term relationships with locals necessary to support host country-led governance and political reforms are absent in most foreign assistance agencies. Moreover, many foreign assistance professionals remain convinced that the government and society in a conflict affected or fragile state are unable to take the lead in establishing priorities and implementing a strategy to emerge from fragility. For all of these reasons, foreign assistance personnel do not operate according to New Deal principles.

What can donors do to change the dynamic? In addition to stepping back to create the space and incentives for host country governments and society to build mutual dependence, donors need to recruit and promote country and regional experts. Context is everything. Functional expertise is necessary but does not travel well; therefore, functional and country experts must always be paired in any assistance effort. Foreign assistance funding requires more flexibility: one account for fragile and conflict affected states; one account for developing countries and one account for humanitarian assistance with the ability to shift funding within each account in response to changing conditions would be reasonable. Funding accounts should no longer be attached to specific issues. Politics in donor countries are the primary obstacle to funding reforms. Time horizons must be lengthened substantially. Postings to conflict affected and fragile states should be lengthened. Because they are classified as hardship posts, tours are usually only one year – just the opposite of what is needed. The importance of personal relationships (rather than institutional ones), deep local knowledge and the greater challenges in such environments require a minimum tour of five years to make progress. A specific cadre of professionals with regional and functional expertise, willing to deploy for five years minimum, should be created to assist fragile and conflict affected states in ways that comport with New Deal principles.

Despite its disappointing record and before the ink was dry on the independent assessment, efforts were underway to win support for a New Deal 2.0. Both the IDPS and the New Deal have won a new lease on life by linking their efforts to the SDGs, particularly Goal 16. In April, 2016, signatories to the New Deal met in Stockholm to reaffirm their commitment to its principles. Participants agreed that greater “political and financial efforts” expended in accordance with New Deal

Further Informationen

Ann L. Phillips, United States Institute of Peace (USIP)
phillipsannl@gmail.com
aphillips3@usip.org

Links & Literature

[Independent Review of the New Deal for Engagement in Fragile States](#)

Sarah Hearn, International Dialogue on Peacebuilding & Statebuilding, NYU Center on International Cooperation | April 2016

[Uniting Our Strengths for Peace – Politics, Partnerships, and People](#)

Report of the High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations | June 2015

[Major Recent Trends in Violent Conflict](#)

Sebastian von Einsiedel | United Nations University Centre for Policy Research | November 2014

[New Deal Monitoring Report 2014. Final Version](#)

Fiona Davies, Yannick Hingorani | International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding | November 2014

[Implementing the New Deal for Fragile States](#)

Jacob Hughes, Ted Hooley, Siafa Hage, George Ingram | Brookings Institution | July 2014

[Assessing Civil Society Engagement with the New Deal. Opportunities and Challenges](#)

Kristen Wall, Rachel Fairhurst | Kroc Institute for International Peace, Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict, Alliance for Peacebuilding | March 2014

[Busan and Beyond: Implementing the “New Deal” for Fragile States](#)

International Peace Institute | July 2012

principles were needed if two-thirds of the world's poor are to be spared a life of pervasive violence and poverty by 2030. Commitments include increasing aid to fragile and conflict affected states; strengthening host country financial management systems; and improving local revenue generation—all laudable goals. And yet, they remain aspirational. No specific commitments by individual countries to restructure aid, to a specific financial increase, or clear benchmarks to measure progress are recorded. That Somalia and Sierra Leone are cited as pilots noted for considerable success should also give pause. The Ebola crisis in Sierra Leone was a clear failure to knit government and society together; Somalia's fleeting moment of progress has been overshadowed by clan conflicts and a resurgent Al Shabaab – hardly cases to inspire confidence in donors and host countries' ability and willingness to operationalise the New Deal.

However welcome, the Stockholm Declaration re-commitment to the New Deal will mean nothing unless and until concrete steps begin to change donor institutional and personnel policy and host country actors take the lead in a responsible and inclusive process. Look for concrete changes and not more declarations of intent to assess the prognosis for the New Deal. Until the impediments on both sides are addressed, the New Deal will remain a worthy but ineffectual effort, added to many others which have aspired to fix foreign assistance.

Dr. Ann L. Phillips is an independent consultant, scholar and practitioner who has worked on system transitions, fragile and conflict affected states for more than 20 years.

FriEnt Tipps & Info

PeaceLab2016: Was kommt nach dem Aktionsplan Zivile Krisenprävention?

Welche Werte und Grundüberzeugungen liegen dem deutschen Handeln im Bereich Krisenengagement und Friedensförderung zugrunde, welche Interessen verfolgt Deutschland? Wie ordnet sich deutsches Handeln in den europäischen und globalen Rahmen ein? Wo bietet deutsches Engagement einen besonderen Mehrwert? Unter Federführung des Auswärtigen Amts werden aktuell neue Leitlinien der Bundesregierung für Krisenengagement und Friedensförderung erarbeitet, die Antworten auf diese Fragen liefern sollen. Im Frühjahr 2017 sollen die neuen Leitlinien vom Kabinett verabschiedet werden.

Links & Literatur

PeaceLab2016: [Debatte](#)

[Registrierung](#) für wöchentliche Email-Updates zu neuen Blog-Beiträgen

Im Vorfeld findet auf einem Blog, der den Leitlinien-Prozess begleitet, eine Debatte darüber statt, welche Lehren Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft aus zwölf

Jahren Aktionsplan Zivile Krisenprävention ziehen. Die bisher erschienenen Debattenbeiträge befassen sich unter anderem mit den folgenden Fragen: Wo sollte Deutschland Prioritäten setzen und mehr Kapazitäten aufbauen? Mit welchen Partnern sollte die Bundesregierung arbeiten? Wie sollte Deutschland mit Zielkonflikten umgehen und wo liegen Grenzen für äußere Einflussnahme auf Krisen und Gewalt?

Natürliche Ressourcen: Konflikttreiber oder Friedenspotential?

Natürliche Ressourcen, schlechtes Ressourcenmanagement, Ressourcenkonflikte: eine schnell und oft zusammen gedachte Trias. Doch hält die vorgefertigte Meinung einer Überprüfung stand? Und wie kann durch Ressourcenmanagement, gerade in Post-Konflikt Ländern, (neuen) Konflikten vorgebeugt werden? Diesen und weiteren Fragen geht der Sammelband „Governance, Natural Resources and Post-Conflict Peacebuilding“ nach.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber haben mehr als 70 Autorinnen und Autoren versammelt, die sich mit ausgewählten Fragestellungen und Aspekten, darunter der Rolle natürlicher Ressourcen in Peacekeeping Operationen und Transitional Justice-Maßnahmen, befassen. Dabei heben die Autorinnen und Autoren hervor, dass gute Regierungsführung und das Management natürlicher Ressourcen sich gegenseitig befördern könnten. Ressourcenmanagement könne sich auf Wiederaufbau, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, die Verbesserung von Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie die Einbindung und Partizipation gesellschaftlicher Gruppen positiv auswirken, wenn es mit guter Regierungsführung einhergeht. Das Buch liefert hierzu Lernerfahrungen unter anderem aus dem Sudan, Myanmar, der Demokratischen Republik Kongo, der Elfenbeinküste, Ruanda, Liberia, Kolumbien, Kasachstan, Kirgistan und Nigeria, und zeigt auf, wie diese praktisch angewendet und umgesetzt werden können, sodass es gelingt, den vermeintlichen Teufelskreis aus Ressourcenreichtum, schlechtem Ressourcenmanagement und Konflikt zu durchbrechen.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, FriEnt
caroline.kruckow@frient.de

Links & Literatur

[Governance, Natural Resources and Post-Conflict Peacebuilding](#)

Carl Bruch, Carroll Muffett, Sandra S. Nichols | 2016

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o GIZ, Friedrich-Ebert-Allee 36
53113 Bonn
Tel. +49 (0)228 4460 3583
info@frient.de
www.frient.de
www.twitter.de/FriEnt_news

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Daniela Dietmayr
daniela.dietmayr@frient.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Homepage bestellt und abbestellt werden.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen weitestgehend verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.